

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 41 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10 b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 13. Oktober 1911

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Brotwucher und Hungernot. — Lebensversicherung auf gewerkschaftlich-gesellschaftlicher Grundlage. — Ueber Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1910 I. — Der Streik in der Album-, Mapp- und Lederwarenfabrik von Georg Belgert, Berlin. — Bericht der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuille- und Kofferartikelgewerbe. — Wie viele Mitglieder hast du dem Verband schon zugeführt? — Aus meiner Zeitschrift. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Bereich. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rechtsprechung. — Rundschau. — Aufforderung. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 15. bis 21. Oktober ist der 12. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Vielefeld.** Alle Arbeitsangebote der Fahrrad- und Automobilindustrie sind bis zur Beendigung der Lohnbewegung abzuschreiben.  
**Magdeburg.** Die Treibriemenfabrik der Firma Koeber in Budau ist gesperrt.

**Wien.** Die Sattler der Automobilindustrie befinden sich im Lohnkampf.  
**Prag und Stauding** sind zu meiden.  
**Ungarn.** Die Portefeuillisten in Budapest befinden sich im Streik.

## Brotwucher und Hungernot.

Es ist eine irrige, wenn auch vielverbreitete Annahme, die Dürre des vergangenen Sommers allein verschulde die außerordentliche Teuerung aller notwendigen Lebensmittel. Gewiß ist in einem großen Teile Deutschlands die Futtermittelerteile hinter den Erwartungen zurückgeblieben, ebenso die Kartoffel- und Zuckerrüben-ernte. Aber die Getreideernte, in erster Reihe die preussische Roggen-ernte, ist um eine halbe Million Tonnen größer als im Vorjahre. Außerdem ist die Qualität eine bessere als je zuvor. Der gesunde Menschenverstand sagt uns nun, wenn dem so ist, müßte doch das Brot billiger geworden sein. Ja, es könnte billiger sein, wenn wir in Preußen-Deutschland nicht eine Zunftmehrwirtschaft hätten.

Auch die Steigerung der Zuckerpriese tiefert den untrüglichen Nachweis, daß die letzt-sommerliche Hitze keinerlei Schuld trägt für die enorme Verteuerung des Zuckers. Schuld allein ist die in Deutschland beliebte Handelspolitik. Wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen beliebten es die Organe der reaktionären Parteien, das Volk davon abzulenken, dabei kommt ihnen die Dürre sehr zu Pass. Denn im Juni und Juli dieses Jahres konnte kein Mensch

den Ernteausfall voraussehen. Trotzdem mußte noch ungeheure Mengen vom Vorjahre in den Zweidern lagern, stieg der Zuckerpreis inklusive Verbrauchssteuer von 19,50 Mk. bis zu Anfang September auf 30 Mk. pro Zentner ab Fabrik, im Kleinhandel auf 35 Pf. pro Pfund. Außerdem ist die enorme Steigerung noch ungerechtfertigt, weil andere Länder, von denen wir Zucker beziehen, eine ertragreichere Ernte als im Vorjahre hatten. So beträgt allein in Cuba das Plus 24 Millionen Zentner.

Während nun das deutsche Volk furchtbar unter der Teuerung leidet, wird das Ausland durch die Agrarier, die da vorgeben, Vaterlandsliebe und Monarchentreue in Erbpacht genommen zu haben, mit billigen deutschen Getreide überhäufet. Auf diese Weise wird Deutschland geradezu von Getreide entblüht, die Preise werden künstlich in die Höhe getrieben und — solche patriotische Laten lobt die Reichsregierung den Agrariern noch mit der Gewährung einer Liebesgabe in Form von Ausfuhrprämien. Dieses volksauswuchernde Geschäft wird durch das System der „Einfuhrscheine“ begünstigt.

Die von der Regierung aufgemachte Statistik liefert den Nachweis, daß das Wort „Einfuhrscheine“ nicht so harmlos ist, wie es aussieht. Denn zur Erlösung derselben müßte die Reichskasse in den Jahren 1894/1910 659,3 Millionen Mark verwenden. Allein in den letzten drei Jahren sind 325 Millionen Mark Böhle mit Einfuhrscheinen bezahlt worden. Bei der Bedeutung dieser Ziffern verlohnt es sich, das System der Einfuhrscheine einmal, wenn auch knapp zu beleuchten.

Seit der Einführung der Getreidezölle, 1879, bis zum Jahre 1894 bestand die Forderung des Identitätsnachweises derart, daß eine Zollvergütung für die Ausfuhr von Getreide nur erfolgte, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß das auszuführende Getreide vorher aus dem Auslande ins Inland eingeführt worden war. Diese Einrichtung entsprach den Profitinteressen der Agrarier, vornehmlich der des Ostens nicht. Sie verlangten: das Reich solle nicht nur dem wieder ausgeführten (also vorher bei der Einfuhr zollbelasteten) Getreide den Zoll rückvergüten, das Reich solle vielmehr jede ausgeführte Menge Getreide als „identisch“ mit einer vorher eingeführten ansehen und den Zoll dafür vergüten, also den Nachweis der Identität beseitigen und so den Agrariern eine förmliche Ausfuhrprämie in der Höhe des Zolls gewähren zu allen anderen Liebesgaben, die ihnen schon gewährt worden waren (Ausfuhrprämie auf Zucker, steuerliche Bevorzugung beim Branntwein usw.).

Im Jahre 1894, beim Abschluß der Europäischen Handelsverträge, wurde denn auch tatsächlich die Forderung des Identitätsnachweises aufgegeben, und die Agrarier mit dem die Getreidezölle herabsetzenden russischen Handelsver-

trage und der Aufhebung der Getreidestaffeltarife einigermaßen auszuöhnen. Für die Aufhebung machte man den Gesichtspunkt geltend, daß man den östlichen Provinzen bezw. ihren Handelsplätzen an der Küste es erleichtern wollte, den Ueberreicht ihrer Getreideproduktion über den örtlichen Bedarf vorteilhaft exportieren zu können. Dafür traten damals in Rücksicht auf den Getreidehandel auch „gut freimüthige“ und „freihändlerische“ Politiker ein, obwohl von vornherein klar war, daß es sich vorwiegend um rein agrarische Interessen handele. Um das Zustandekommen dieses Systems hat sich im Reichstage hauptsächlich der freimüthige Abgeordnete Ridert „verdient gemacht“.

Die Regelung erfolgte 1894 in der Weise, daß man die Einfuhrscheine einführt. Aus finanztechnischen Gründen zahlen die Zollämter bei der Ausfuhr über die Grenze nicht bares Geld. Die Einfuhrscheine berechnen zur zollfreien Einfuhr von Waren (Getreide, Kaffee oder Petroleum), für welche man Zoll bei der Einfuhr zu entrichten haben würde. Der Inhaber des Einfuhrscheines ist berechtigt, entweder innerhalb sechs Monate die gleiche Menge der im Einfuhrscheine bezeichneten Getreidegattung zollfrei einzuführen oder nach Ablauf einer Frist von vier Monaten innerhalb der darauf folgenden sechs Monate den Schein auf die Zollzahlung für bestimmte Waren in Anrechnung zu bringen. Diese in einem besonderen Verzeichnis aufgeführten Waren sind solche, welche innerhalb des deutschen Zollgebietes nicht produziert werden. Eine bare Herauszahlung auf die Einfuhrscheine wird nicht geleistet. Aber da sie jedem Inhaber, nicht bloß dem Getreideexporteur angerechnet werden, so kann der Exporteur sie nach Gefallen veräußern. Ihr „Kurs“ ist durchweg nur um ein wenig geringer, als der Preis für die Einfuhr der betreffenden Getreidemenge sein würde. Die Einfuhrscheine werden in der langen Zeit von sechs Monaten mit etwa nur 2 Proz. Diskont überall in Zahlung genommen, weil sie bequemer zur Begleichung verschiedener anderer Böhle dienen können.

Daß die Preissteigerung heute der ausgesprochenen Zweck der Einfuhrscheine ist, bestätigt die Regierung in ihrer vor zwei Jahren herausgegebenen Denkschrift. Die auf Beseitigung des Identitätsnachweises gerichteten Bestrebungen, heißt es da, fanden „bei der Landwirtschaft des Ostens mehr und mehr Beifall . . . weil sie von ihrem Erfolg eine Steigerung der Preise erwartete“. Und die verbundenen Regierungen hätten dem Reichstage ja auch erst dann einen entsprechenden Entwurf vorgelegt, „als sie die Maßregel als geeignet erkannten, der Binderung der Notlage der Landwirtschaft des Ostens zu dienen“, womit ja nichts anderes gemeint ist, als das Portemonnaie der Zunker.

Ein größeres Geschäft war immerhin erst zu machen, als die Böhle auf ihre jetzige Höhe ge-



Lebensversicherung auf gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Grundlage.

Der 8. deutsche Gewerkschaftskongress in Dresden hat bekanntlich durch Annahme einer Resolution die Schaffung einer wirklichen Volksversicherung in den Vordergrund der Diskussion gerückt. Auch der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Montanvereine stimmt auf seiner letzten Tagung in Leipzig diesem Projekt zu. Ueber die Einrichtungen der einzuführenden „Volksversicherung“, wie das gemeinsame Unternehmen kurz benannt werden soll, haben wir bereits in Nr. 30 dieses Jahrganges knapp gefasste Ausführungen gebracht. Danach soll jedes Genossenschaftsmitglied und jedes Mitglied einer dem Zentralverbande angegeschlossen Konjunktionsgenossenschaft berechtigt sein, Beiträge zur Unterstütsungsvereinbarung zu leisten und entsprechend seinen Leistungen Unterstütsung zu beziehen. Gleich wie in unserem Verband soll der Rechtsanspruch auf Unterstütsungen ausgeschlossen sein, um zu verhüten, daß diese Vereinigung dem Geiste über die Privatversicherung unterstellt wird. Sollten indes der Durchführung der Unterstütsungsvereinbarung ohne Rechtsanspruch irgendwelche gesetzliche Schwierigkeiten entgegen, so ist von vornherein ins Auge gefaßt, eine Genossenschaft mit Rechtsanspruch oder eine Aktiengesellschaft ins Leben zu rufen. Auf alle Fälle wird dafür gesorgt werden, daß der einmal gefaßte Plan auch verwirklicht wird. Denn die Auspflünderung der breiten Masse durch die bestehenden Versicherungsanstalten hat einen ungeheuren Umfang angenommen, der unbedingt ein Riegel vorgezogen werden muß. Es verlohnt sich, die deutsche Lebensversicherung und ihre Gewinne im vergangenen Jahre etwas näher zu betrachten. Sehen wir uns vorerst einmal den Umfang der eigentlichen Volksversicherung an:

Table with 3 columns: Volksversicherung, 1910, 1909. Rows: Beitragszugang, Beitragswachs, Versicherungsbestand.

Zweihundertzwei Lebensversicherungsgesellschaften hatten demnach 1910 (Ende) 1226 Millionen Mark Volksversicherungsbestand. Das sind gegen das Vorjahr rund 90 Millionen Mark mehr. Um die ganze Macht der Lebensversicherungsinstitute richtig zu erkennen, muß beachtet werden, daß allein schon der Beitragszugang an eigentlichen Lebensversicherungen 1222 Millionen Mark ausmachte, von denen rund 54 Proz. auf die 10 größten Gesellschaften entfielen.

Sehen wir uns nun einmal die finanziellen Erträge aller in Betracht kommenden deutschen Lebensversicherungsgesellschaften genauer an. Es ergibt sich da folgendes Bild:

Table with 3 columns: 1910, 1909, 1908. Rows: Prämieinnahme, Zinsen und sonstige Einnahmen, Gesamteinnahmen, Zahlungen an Versicherte, Verwaltungskosten, Zantemmen, Referresfonds, Gesamtausgaben, Dividende an die Aktionäre, Dividende an die Versicherten, Ueberfluß, Gesamtvermögen.

Aus den ungeheuerlichen Abschlußziffern der Gesellschaften kann man auf die Geldmacht schließen, die allein in der deutschen Lebensversicherung konzentriert ist. Die Umwandlung in eine wirkliche Volksversicherung würde z. B. die 110 Millionen Mark Dividende, die an Versicherte (Lebende) zur Rückgewähr kommen, nachdem sie vorher in Gestalt von erhöhten Prämien eingezahlt worden waren, ohne weiteres in Wegfall bringen. Daß die in Gestalt von Aktionärsdividende zur Auszahlung kommenden 8,3 Millionen Mark ein völlig unbedeutender Profit sind, dürfte nicht schwer zu begreifen sein. Schließlich verdient auch die Tatsache Beachtung, daß die Lebensversicherungsgesellschaften mit ihren 4175,6 Millionen Mark Hypotheken, d. h. mit 83 Proz. ihres gesamten Vermögens, auf den Wohnungsmarkt und die Mietpreise einen starken Druck ausüben.

Unter der Lebensversicherung versteht man bekanntlich die sogenannte kleine Versicherung mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. an bis zu größeren Wochenbeiträgen. Diese Art der Versicherung ist erst seit etwa 1 1/2 Jahrzehnten in Blüte gekommen. 1909 waren bereits vorhanden 6823 275 Policen. Abgeschlossen sind ja sicherlich doppelt soviel, weil die Zahl der Ausscheidenden jedes Jahr erheblich ist. Diese Policen indestens eine Versicherungssumme von 1845 Millionen Mark. Davon hatten die Aktiengesellschaften den Löwenanteil. Die Gegen-

schaftsvereine weisen nur 49 Millionen Mark Versicherungssumme auf, die Aktiengesellschaften 1219 Millionen Mark. Von dieser 1 1/2 Milliarden entfällt dann wieder der Löwenanteil auf 2 Gesellschaften, die „Friedrich-Wilhelm“ mit 376 Millionen Mark Versicherungssumme und die „Victoria“ mit 710 Millionen Mark Versicherungssumme.

Aus dem Entwicklungsgange der letztgenannten Gesellschaft, die 1853 gegründet wurde, deren Generaldirektor sich eines Gesamteinkommens von 777 734 Mk. erfreut, geben wir hier einige Ziffern wieder, die bereits auf dem letzten Gewerkschaftskongress eingehend gewürdigt wurden und wert sind, von allen Proletariern festgehalten zu werden. Im Jahre 1895 betrug das Gesamtvermögen dieser Versicherungsgesellschaft 112 Millionen Mark, die Gesamteinnahmen aus Vorprämien 31 Millionen Mark, die Gesamtausgaben für Versicherungsfälle 2 694 000 Mk., der Gesamtüberschuß 6 297 000 Mk. und die Dividende der Aktionäre 20 1/2 Proz. Bei der Dividendenauszahlung muß, wie auf dem Gewerkschaftskongress ausdrücklich hervorgehoben worden ist, veranschlagt werden, daß von dem Aktienkapitale von 6 Millionen ursprünglich nur der fünfte Teil zur freien Auszahlung gelangt; der Rest ist von den Aktionären in Form von Wechseln hinterlegt worden. Die Dividende rechnet natürlich bei ihrer Festsetzung vom gesamten Aktienkapital. Im Laufe der Jahre stieg das eingezahlte Aktienkapital auf 70 Proz., doch nicht etwa dadurch, daß die Aktionäre neue Einzahlungen leisteten, sondern dadurch, daß von dem Gewinne joundio viel pro Jahr zur Tilgung der Wechsel überwiesen wurde. Auf diese Weise wurde ein Gewinnanteil verschleiert, der zwar nicht in der Dividende zum Ausdruck kommt, aber eine bare Vermögenssteigerung der Aktionäre bedeutet. In Wirklichkeit ist also nicht eine Dividende von 30 Proz., sondern das Fünffache, also von 150 Proz. gezahlt worden. In den Jahren 1895 bis 1900 steigerte sich das Vermögen der „Victoria“ von 112 auf 271 Millionen Mark, die Gesamteinnahmen aus Vorprämien und Zinsen auf 71 Millionen Mark, die Gesamtausgaben für Versicherungsfälle auf 4 Millionen Mark, der Ueberfluß auf 14 Millionen Mark, die Dividende auf 35 Proz. 1905 betrug: das Vermögen 543 Millionen Mark, die Prämieinnahmen 113 Millionen Mark, die Auszahlungen für Versicherungsfälle 8 Millionen Mark, der Ueberfluß 24 Millionen Mark, die Dividende 50 Proz., in Wirklichkeit also 250 Proz. 1909 war der Vermögensstand bereits auf 750 Millionen Mark, die Einnahmen aus Prämien und Zinsen auf 153 Millionen Mark angewachsen, die Auszahlungen für Versicherungsfälle betragen nur 11 Millionen Mark, der Ueberfluß dagegen 32 Millionen Mark. Die Dividende betrug 1909 nur 17 Proz., weil man wieder einen erheblichen Teil zur Deckung der Aktienwechsel verwandt hat. Aus dieser geradezu glänzenden Entwicklung der „Victoria“ und den fabelhaften Gewinnen ist zu ersehen, wie lukrativ das Versicherungsgeschäft ist. Diese Zahlen beziehen sich auf das gesamte Lebensversicherungsgeschäft, nicht allein die Volksversicherung. Diese ungeheuren Gewinne können nur erzielt werden durch eine schwere Vernachlässigung des versicherten Publikums. Dabei spielt eine große Rolle der Verfall der Policen, das sogenannte Storno. 1909 sind nicht weniger als 147 Millionen Mark Versicherungssumme in Verfall geraten, weil die Versicherten ihre Beiträge nicht weiter bezahlen konnten. Die Volksversicherung partizipiert dabei allein mit rund 69 Millionen Mark.

Angeichts dieser Auspflünderung der arbeitenden Klasse sieht es außer allen Zweifeln, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich bereitwillig in den Dienst dieser wahrhaft wirklichen Volkswirtschaft stellen und werbend wirken werden, um so dem Grundfabe: „Kein Pfennig geleisteter Beiträge darf verloren gehen!“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Ueber Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910

entnehmen wir dem „Correspondenzblatt“ auszugsweise:

I. Von vielen Wirtschaftspolitikern werden die wirtschaftlichen Kämpfe, die Streiks und Aussperrungen als eine Art nationales Unglück angesehen. Diese Leute berechnen, welche Summen dem Nationalvermögen durch Unterbrechung der Produktion verloren gehen, welchen Nachteil die Arbeiterschaft durch den Lohnausfall hat und klagen darüber, daß Not und Elend in den Familien der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter während der Wochen der erzwungenen Arbeitslosigkeit herrscht.

Wäre diese Ansicht richtig, so müßte das Jahr 1910 als ein besonderes Unglücksjahr angesehen werden, denn es weiß die größte Zahl wirtschaftlicher

Kämpfe auf, die bisher in einem Jahre in Deutschland nachgewiesen wurde.

Vom Standpunkte des Arbeiters aus betrachtet, sieht sich die Sache etwas anders an. Die Arbeiterschaft weiß sehr wohl, daß die Unterstütsung, welche die Organisation ihr während eines Kampfes zu gewähren vermag, nur einen Teil des entgangenen Arbeitsverdienstes ersetzen kann. Sie rechnet auch mit der Notlage, die ihr bei langandauernden Stämpfen bevorsteht. Trotzdem ist sie weit davon entfernt, anzunehmen, daß diese Kämpfe ein nationales Unglück und geeignet seien, den Arbeitern dauernden Nachteil zu bringen. Ein großer Teil der am Streiks Beteiligten wird wohl mit dem momentanen Erlöse, der erzielt wird, allein rechnen. Die Weitblickenden aber werden diesen Stämpfen die volle, weit über den Augenblickserfolg hinausgehende Bedeutung zurechnen. In Wahrheit sind die Streiks von eminentester kulturfördernder Wirkung. Nicht nur insofern, daß durch sie eine Besserung in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeigeführt wird, sondern auch dadurch, daß sie günstig auf die Charaktereigenschaften der Arbeiterschaft einwirken. Zu keiner Zeit werden höhere Anforderungen an das Solidaritätsgefühl und die Opferwilligkeit der Arbeiter gestellt, als zur Zeit einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung. Solidarität und Opferwilligkeit aber sind Eigenschaften, die bei der Arbeiterschaft vorhanden sein müssen, wenn sie zu einer höheren Kulturstufe aufsteigen soll.

Deswegen haben wir nicht darüber zu klagen, daß zu viel Streiks geführt werden, sondern wir müssen beklagen, daß die Zahl derjenigen, die sich an den Kämpfen beteiligen, zu gering ist, daß Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen heute noch diesen Bewegungen fern stehen, nicht genügend Opfermut und Solidaritätsgefühl haben, den Kampf um eine bessere Lebenshaltung aufzunehmen. Besonders in den letzten Jahren war infolge der großen Kassen, welche der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern auferlegt wurden, eine Lohnerböhung geboten. Die ungenügende Wirtschaftskontinuität hinderte leider die Arbeiter, sich höhere Löhne zu erkämpfen. Erstendlich ist es, daß jetzt, bei dem Beginn einer besseren Konjunktur, sich das Bestreben bemerkbar macht, den notwendigen Ausgleich zwischen Lohnhöhe und Nahrungsmittelpreis zum Teil herbeizuführen. Im Jahre 1910 wurden insgesamt 9690 Kämpfe geführt, an welchen 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung dieser Kämpfe erforderte eine Ausgabe von 18 686 523 Mk. Als Resultat ist zu verzeichnen eine Arbeitszeitverlängerung für 344 570 Personen um 766 764 Stunden pro Woche und für 827 627 Personen eine Lohnerböhung von 1 815 537 Mark pro Woche. Dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 9444 Stunden pro Woche und Zurückweisung einer Lohnkürzung von 29 779 Mk. pro Woche.

Es wäre verfehlt, diese Ertragschaften in Vergleich zu stellen mit den Opfern, die von der Arbeiterschaft für diese Kämpfe gebracht worden sind. Die Verlängerung der Arbeitszeit schon ist nicht in Geldwert umzurechnen, sondern nach ihrem Kulturwert abzuschätzen. Die erzielten Lohnerböhrungen gelten nicht für das eine Jahr, sondern sind für mehrere Jahre in Rechnung zu stellen, ganz abgesehen davon, daß vielfach bei Tarifabschlüssen Lohnsteigerungen für die folgenden Jahre der Tarifdauer vorgesehen werden. Diese Lohnsteigerungen können ziffernmäßig schwer ausgenießen werden. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft keine Ursache, über die Opfer, welche sie bereitwillig übernommen hat, zu klagen, sondern zu prüfen, ob ohne sie diese wenn auch nur bescheidene Besserung der Lebenshaltung erzielt worden wäre. Das Resultat dieser Prüfung muß sein, daß ohne die gewerkschaftliche Organisation, ohne die für diese übernommenen Leistungen nicht nur jeder Aufstieg der Arbeiterklasse unmöglich, sondern eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung eingetreten wäre.

Der Wert der Organisation zeigt sich besonders darin, daß eine große Zahl der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung verläuft und gerade bei denen der größere Teil der Ertragschaften zu verzeichnen ist. Von den Bewegungen des Jahres 1910 verliefen 6496 oder 67 Proz. ohne Arbeitseinstellung, während 3194 zu einer Arbeitseinstellung oder einer Aussperrung führten. An den ersteren waren 656 531 oder 64 Proz. aller Beteiligten, an den letzteren 389 011 Personen beteiligt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein solches Ergebnis nur erzielt werden konnte, weil die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur an Umfang, sondern auch an innerer Festigung und an Finanzkraft zugenommen haben. Die Unternehmern würden sicher nicht bereit sein, Zugeständnisse zu machen, wenn sie nicht wüßten, daß die Organisation, welche Forderungen stellt, bereit und auch stark genug ist, diesen Forderungen eventuell durch eine Arbeitseinstellung Geltung zu verschaffen. Diese Gegen-

überstellung der mit und ohne Arbeitseinstellung verkauften Lohnbewegungen leicht aber noch ein anderes. Sie beweist, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht streikt um des Streikes willen, sondern deshalb, um ihren Zweck zu erreichen. Gelingt dies, ohne daß es notwendig ist, zum äußersten Mittel zu greifen, so sind die Arbeiter gern einverstanden und begnügen sich oft mit weniger, als sie gefordert haben und erhalten müßten, um eine nennenswerte Verbesserung für sich herbeizuführen.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung sind im Berichtsjahre 6406 durchgeführt, von denen 5580 die Verbesserung und 916 die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bezweckten. Seit 1905 waren im Jahre 1910 diese Lohnbewegungen am zahlreichsten.

Das dürfte nicht nur auf die etwas günstigere Konjunktur und auf die eingetretene Stärkung der Gewerkschaften, sondern auch darauf zurückzuführen sein, daß eine familiäre Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse die Arbeiterschaft zwingt, eine Erhöhung der Löhne zu fordern. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes muß man sagen, daß die Zahl und der Umfang dieser Bewegungen keinesfalls ausreichend war. Millionen von Arbeitern sind durch diese Verteuerung der Lebensmittel betroffen worden und nur 1531000 beschwerten im letzten Jahre einen Ausgleich durch Erhöhung der Arbeitslöhne herbeizuführen, von denen 110600 zur Arbeitseinstellung gezwungen wurden, weil die Unternehmer sich zu keinen Zugeständnissen bewegen ließen. Auch von den 628400 an den Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung Beteiligten hatten nur 392300 vollen und 186400 teilweisen Erfolg. Daß einem großen Teil der Arbeiterschaft seitens der Unternehmer freiwillig eine Lohnerhöhung gewährt wurde, ist nicht anzunehmen. Dagegen spricht einmal die große Zahl der Aussperrungen im letzten Jahre wie auch der Umstand, daß in 916 Fällen insgesamt 28000 Arbeiter in eine Verewigung eintreten mußten, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren und in 889 Fällen von insgesamt 31500 Beteiligten zu diesem Zwecke die Arbeit eingestellt werden mußte. Von den 28000 an Abwehrbewegungen Beteiligten hatten 21800 vollen Erfolg, während 2055 nur teilweisen Erfolg erzielten.

**Der Streik in der Album-, Mappen- und Lederwarenfabrik von Georg Weigert, Berlin.**

In den wenigen Firmen, die sich bis jetzt noch weigerten, den Tarifvertrag für die Lederwarenbranche unterschrieben anzuerkennen, gehört auch die Firma Georg Weigert. Da es sich hier aber um eine Firma handelte, die mit als eine der größten am hiesigen Plage angesprochen werden muß, so war es unumgänglich, gerade bei dieser Firma auf die Anerkennung des Vertrages zu verzichten. Wohl hatte sich die Geschäftsführung bei allen den vorausgegangenen Verhandlungen bereit erklärt, sich stets nach dem Tarifvertrage richten zu wollen, aber nie war die Geschäftsführung zu bewegen, dieses Versprechen mit der schriftlichen Anerkennung zu bekräftigen. Dieses Verhalten der Geschäftsführung wird verständlich, wenn man weiß, daß schon unter dem alten Vertragsverhältnis sehr viele Beschwerden unerserlich unterdrückt blieben.

Da alle Vorstellungen kein anderes Resultat zeitigten, so beschloßen die Kollegen und Kolleginnen mit 42 gegen eine Stimme, die Arbeit einzustellen. Dieser Beschluß wurde am 4. Septemb. r einstimmig ausgeführt.

Zunächst hatte es den Anschein, als wollte die Firma auf jede Weiterproduktion verzichten, denn keinerlei Vermählungen nach Ersatz von Arbeitskräften waren zu verzeichnen, ja sogar der zweite Werkführer erhielt ein paar Tage Ferien. Dieser Zustand änderte sich nach dem Ablauf der zweiten Woche. Die Firma sah wohl ein, daß es schwer wird, Ersatz in der Werkstatt zu bekommen, sie verfuhr: darum, die notwendigen Arbeiten in der Heimindustrie unterzubringen. Unsere Kollegen waren aber gut auf dem Posten, und so konnten wir denn trotz Patefabrikgesellschaft und trotz stundenlangem Kreuz- und Quertreiben mittels Autos etc. ermitteln, was für Arbeit rausgebracht wurde und wer die Anfertigung übernommen hatte.

Eine recht traurige Rolle spielte bei diesem Streik unser ehemaliger Kollege, der jetzige zweite Werkführer Felix Kuntzschke. Nicht genug, daß er am Tage der Firma seine Dienste widmete, nein, auch noch des Abends resp. des Nachts ist der Werkführer Kuntzschke als Beimarbeiter für die Firma Weigert tätig gewesen. Da er selbst sich aber genierte, die Arbeit mit nach Hause zu nehmen, so wurde ihm solche von der Firma durch den Hausdiener untersagt. Damit war seine traurige Rolle aber noch nicht erschöpft. Da es der Firma in den letzten

Tagen gelungen war, ein paar Mädchen als Ersatz zu finden, und da man verhielt, daß diese mit den Streikenden in irgend welche Verbindung kamen, so übernahm es Kuntzschke, die Vertriebenen sicher nach Hause zu geleiten. Wäre der Mann unserer Zeitung nicht zu schade, es verlohnte es sich wahlisch, die Kreuz- und Quertreiben und die Verleidungsarbeiten, die Kuntzschke arrangierte, um die Streikposten irrezuführen, eingehend wiederzugeben, so aber wollen wir uns mit dieser kurzen Charakterisierung des Mannsche begnügen.

Aber ein anderes wichtiges Moment trat bei diesem Streik in Erscheinung. Wir mußten nämlich die Beobachtung machen, daß von verschiedenen Lederwarenfabrikanten, die Mitglieder des Fabrikantenvereins sind, Lederwaren für die betriebl. Firma geliefert wurden. Zum Teil handelte es sich um schon längere Zeit bestehenden Großhandelsverkehr, zum Teil aber um direkte Lieferung von Streikarbeit. Diesen Zustand konnten wir selbstverständlich nicht unangesehen lassen, denn es ist doch eine eigenartige Sache, daß wir uns bei Abschluß des Vertrages gegenseitig verpflichtet, überall für die Anerkennung des Vertrages einzutreten, und daß wir nun die Beobachtung machen müßten, daß eine von uns betriebl. Firma von anderen Fabrikanten, die mit uns im Vertragsverhältnis stehen, direkt unterstellt wurde. Wir wendeten uns deshalb beschwerend an die Leitung des Unternehmervereins und nach vieler Mühe brachten wir auch eine gemeinschaftliche Vorkonferenz zustande.

In dieser gemeinschaftlichen Sitzung verlangten wir, daß uns bei unserem Vorgehen gegen die Firma Weigert unbedingt die Unterstützung der Fabrikantenvereinigung zuteil werden müsse. Dieses Verlangen wurde von den Fabrikanten als berechtigt anerkannt. Wir einigten uns dann dahin, daß zunächst von der Fabrikantenvereinigung versucht werden sollte, in diesem Streik zu vermitteln, und sollte dieser Versuch schiefgehen, dann wollten wir wieder zusammentreten, um andere Maßnahmen zu beraten.

Die Vermittlungskommission der Unternehmer hatte Erfolg. Die Firmeninhaberin verpflichtete sich auch der Fabrikantenvereinigung gegenüber zur strikten Innehaltung des Vertrages, wobei besonders betont wurde, daß die Firma bei eventuellen Streitfällen an die Entscheidung der Schlichtungskommission gebunden ist. Damit war die Ursache des Streiks zu unseren Gunsten erledigt, und es wurde vereinbart, daß die Arbeit am Montag, den 9. Oktober, wieder aufgenommen werden sollte. So ganz ohne jeden Triumph wollte aber die Firmeninhaberin dem Veraleich nicht zustimmen, und so wurden zwei Kollegen von der Wiedereinstellung ausgeschlossen, angeblich weil sie die beiden arbeitswilligen Mädchen beschäftigt hätten. Wir konnten aber feststellen, daß dieses nicht der Fall, daß der wahre Grund vielmehr darin zu finden ist, daß gerade diese beiden Kollegen durch ihre Anwesenheit, mit der sie alle Maßnahmen der Firma verletzten, zu dem Gelingen des Streiks in erster Linie beigetragen hatten und sich dadurch den Unmut der Geschäftsleitung zugezogen hatten. Dieser Unmut forderte eben kein Opfer. Da es uns nicht schwer fallen wird, beide Kollegen als tüchtige Arbeitskräfte sehr bald anderweitig unterzubringen, so war es nicht ratsam, deshalb den Kampf fortzusetzen. Auch die beiden gemehrten Kollegen stimmten der Arbeitsaufnahme zu in dem Bewußtsein, das Opfer nicht umsonst gebracht zu haben; denn jetzt ist haben wir eine Garantie für die wirkliche Innehaltung des Vertrages.

**Bericht der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeulles- und Reiseartikelgewerbe Berlins.**

Die zweite Sitzung der Schlichtungskommission am 4. Oktober, die in der Hauptsache der Erledigung der in letzter Sitzung vertragen Angelegenheiten galt, fand wiederum in den Räumen des Berliner Gewerbegerichts mit derselben Besetzung statt. Den Verhandlungen wohnten zeitweise zwei japanische Staatsanwälte, von denen einer vorragender Art im Justizministerium zu Tokio ist, als Zuhörer bei.

1. Die Firma Heinrich Stöhr u. Co. zur Einhaltung des Tarifvertrages verpflichtet. Auf Grund der im vorigen Termin beschlossenen Beweisaufnahme gibt der Vorsitzende Herr v. Schulz bekannt, daß ein Grund gemachter Feststellung beim Gericht für Negativsachen die Firma Heinrich Stöhr durch den Eintritt des Herrn Leo Weiß nicht erfolgen, sondern nur geändert worden ist. Der § 3 des Statuts der Fabrikantenvereinigung besagt: „Die Mitgliedschaft geht verloren durch Erlöschen der Firma oder Austritt aus der Branche.“ Weides trifft hier nicht zu, weshalb den Einwendungen des Herrn Leo Weiß nicht stattgegeben werden kann. Durch Eintritt in eine Firma soll zum Ausdruck kommen, man will die Rechte und Pflichten mittragen, aber nicht die Pflicht-

ten auf einen andern abwälzen. Herr Weiß ist trotz dieser Klarlegung gegenteiliger Ansicht und meint: „ändern“ und „löschen“ sei dasselbe. Zudem hatte Herr Stöhr kein Recht, mit H. Stöhr u. Co. seine Versammlungswahlberechtigt zu zeichnen. Entgegen seiner Behauptung im vorigen Termin gibt Herr Weiß jetzt zu, daß bei seinem Eintritt in die Firma Herr Stöhr nicht liquidiert, und er Weiß die Pflichten mit übernommen hat, nur nicht die als Mitglied des Fabrikantenvereins, das er tatsächlich nicht ist. Diese Feststellung beantwortet der Vorsitzende mit der Frage, ob Herr Weiß sagen wolle, Herr Stöhr habe gegen Treu und Glauben verfahren, wenn er dem Fabrikantenverein beigetreten hat, daß die Firma nicht mehr Mitglied sei, trotzdem er sich als ihr Vertreter gerierte. Diese Frage verneinte Herr Weiß, worauf Kollege Schulze beantragt, was dieser Klarstellung die Firma H. Stöhr u. Co. zur Einhaltung des Tarifvertrages und zur Nachvollziehung der entzogenen Lohnaufsätze zu verurteilen. Zur Begründung führt er nur noch an, daß die besagte Firma erst in den letzten Tagen ihren Austritt aus der Fabrikantenvereinigung zum Jahresabschluss angezeigt hat. Zudem kommt, daß der vorerwähnte Gesellschaftsvertrag im § 2 besagt, Herr Stöhr übernimmt die Verantwortung für den richtigen Gang der aller Augenbände und nach § 3 in jeder der beiden Gesellschaften beauftragt, die Firma zu vertreten. Nach zweistündiger Beratung verordnete der Vorsitzende die Entscheidung der Schlichtungskommission, welche dahin geht, die Firma Heinrich Stöhr u. Co. ist verpflichtet, die im § 2 Abs. c des Tarifvertrages gewährleistete Lohnerhöhung ihren Arbeitern nachzahlen, wie auch den gesamten Vertrag einzuhalten. Sobald die eingehende Arbeitsbegrenzung uns schriftlich vorliegen wird, werden wir nochmals darauf zurückkommen.

2. Die Firma Johann Valentin will ebenfalls den Vertrag nicht anerkennen und begründet ihren ablehnenden Standpunkt, sie sei nicht mehr Mitglied der Fabrikantenvereinigung. Dies wird von der klägerischen Seite bestritten. Herr Valentin führt aus, er habe bereits im Juni d. J. seine Mitgliedschaft mit dem Vorbehalt gekündigt, wenn die Beschlüsse der Tarifverhandlungen ihm nicht passen, er dann seinen Austritt aus der Vereinigung erkläre. Nun belaste die fünfprozentige Lohnerhöhung eine ganze Anzahl seiner Fabrikate, so daß er sich gezwungen sehen mußte, die Produktion einzuschränken. Diesem jedoch ziehe er seinen Austritt aus der Vereinigung vor, der ihn von der Vertragsverpflichtung entbinde. Arbeitereits wird beantragt, diesen Einwand nicht gelten zu lassen, sondern die besagte Firma zu verurteilen, die aus dem Vertrage entstandenen Verpflichtungen mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Juli nachzukommen. Der Arbeitgebervertreter machte einen Vergleichsvorschlag, wonach bei späteren Verhandlungen Rücksicht darauf genommen werden soll, daß die Firma tatsächlich auf viele Artikel keine Erhöhung zahlen kann. Beide Parteien wollen keinen Vergleich, sie wünschen ein Urteil. Dasselbe ergab dahin: Die Firma Johann Valentin ist verpflichtet, die durch den Tarifvertrag vom 1. Juli d. J. bedingte Lohnerhöhung zu zahlen. Nach § 5 der Satzungen der Lederwarenvereinigung kann der freiwillige Austritt nur nach vorausgegangenem dreimonatlicher Kündigung zum Jahresabschluss erfolgen. Es bleibt unbestritten, daß die Firma Valentin Mitglied der Fabrikantenvereinigung ist, demzufolge ist sie verpflichtet, den Tarif in ihrem Betriebe vollständig anzuerkennen.

3. Dürfen Mappen außer dem Hause angefertigt werden? Die Entscheidung dieser Frage hat die Schlichtungskommission bis zu einem späteren Termin wieder vertragen müssen, an dem noch zwei weitere Ausnahmepersonen über die Auslegung des § 7 Abs. 1 des roten Vertrages vernommen werden sollen.

**Wie viele Mitglieder hast du dem Verband schon zugeführt?**

Diese Frage beantwortet das Organ des Bayerischen Eisenbahnerverbandes mit nachstehenden, auch für unsere Mitglieder beachtenswerten Ausführungen:

Was, noch gar keines? Nein einziges? Na, aber höre einmal, was sollte das werden, wenn alle so gleichgültig wären wie du. Du hast doch schon des öfteren gehört: „Je stärker wir sind, desto mächtiger sind wir“, und du bist sicher überzeugt, daß das keine leere Phrase ist. Und trotzdem trügst du nicht zur Stärkung unseres Verbandes bei?

Nach so, du meinst, dazu wären doch in erster Linie die Verbandsversammlungen da, um die nötige Propaganda zu entfalten zur Gewinnung neuer Mitglieder. Mit dieser Ansicht bist du jedoch auf dem Holzweg, mein Lieber, denn diese Versammlungen haben in erster Linie einen anderen Zweck. Sie dienen zunächst dazu, unsere Mitglieder über das Leben innerhalb des Verbandes auf dem laufenden zu erhalten, ihnen Auffklärung über alle stehenden Fragen, die von Interesse sind, zu geben, ferner dazu,

Verlässliche Angelegenheiten zu besprechen, Klagen und Wünsche entgegenzunehmen, Erfahrungen auszutauschen, Anträge durchzubringen usw., kurz all das zu erledigen, was dem Interesse des Verbandes und all seiner Mitglieder förderlich ist. Wie oft kommt es vor, daß in solchen Versammlungen gar kein Mitglied anwesend ist, das gewonnen werden könnte. Du ersiehst also hieraus, daß die eigentliche Propaganda nicht in der Versammlung selbst, wenigstens nicht ausschließlich in ihr, sondern hauptsächlich außerhalb derselben einleiten muß, und du darfst überzeugt sein, daß wir die schöne Mitgliederzunahme zum größten Teil der Meinungsäußerung zu verdanken haben.

Du meinst, du hättest kein Talent dazu, Mitglieder einzufangen? Nun höre aber, abgesehen davon, daß wir es überhaupt nicht notwendig haben, jemand zu fangen, so wie man etwa einen Fisch mit der Angel fängt, weil unsere Sache eine solche ist, die keiner Feinds und Überredungskunststücke bedarf, eine Sache, für die mit uralten Mitteln zu streiten ist -, abgesehen davon also, mußt du doch wissen, daß von uns allen noch kein einziger mit einem solchen Talent zur Welt gekommen ist.

Wer kämpfer werden will, muß das kämpfen erst erlernen. In den Versammlungen muß er sich Wissen und Aufklärung verschaffen, dann wird ganz von selbst und ohne daß man es merkt, das agitatorische Talent „herorgezogen“. Er, wer sich erst einmal über die vier Hauptfragen klar ist, nämlich: „Was ist der Verband? Welchen Zweck hat er? Was hat er schon erreicht? Welche Aufgaben stellt er sich für die Zukunft?“, dem fällt es nie schwer, uns neue Mitglieder zuzuführen.

Du siehst also, mein Freund, daß du recht wohl ebensovoll, wie dies Tausende deiner Kollegen schon getan, von Zeit zu Zeit einen neuen Streiter für unsere Sache gewinnen könntest. Daß du uns heute das Gehändnis machen mußt, daß du bisher diese Pflicht - bitte sehr, es ist eine Pflicht, eine Ehrenpflicht sogar - vernachlässigt hast, ist zwar bedauerlich, aber du zeigst dadurch wenigstens, daß du aufrichtig bist, und für aufrichtige Leute haben wir immer eine gewisse Sympathie. Nimm's uns also nicht übel, wenn auch wir aufrichtig sind und dir dringend aus Herz legen: „Gehe hin und bekehre dich.“ Du weißt, daß noch Tausende unserer Kameraden dem Verband fernstehen, von denen der größere Teil gewonnen werden kann, wenn die Sache richtig angepackt wird.

Auch in deiner nächsten Umgebung, in deiner eigenen Sparte, sind noch ganz Indifferente vorhanden. Probier's einmal, ob du nicht den einen oder den anderen gewinnen kannst. Du wirst sehen, es geht manchmal leichter, als man denkt, vorausgesetzt, daß der gute Wille hierfür vorhanden ist. Du versprichst mir, daß du dies tun willst?

Na also, ich wüßte es ja, daß ich mich nicht in dir täusche, ich wüßte, daß es nur einer Anregung unsererseits bedürfte, um dich auszurufen zu agitatorischer Mitarbeiter, und ich freue mich, daß ich mich in meiner Erwartung nicht getäuscht habe. Nur Mut also, unverzagt aus Wert: Frisch gewagt, ist halb gewonnen!

**Aus meiner Lehrzeit.**

Das Sattlerhandwerk war zur Erlernung ausgewählt. Acht Tage vor Ostern begann meine Lehrzeit.

Wie werde ich mich meiner neuen Umgebung anpassen? Wird der Meister ein strenger sein?

Mit solchen Gedanken im Kopfe, lenkten mich, angetan mit der Arbeitsbluse, meine Schritte in die Lehrwerkstatt. Beim Eintritt trönte mir ein widerlicher Leder- und Schwärzgeruch entgegen. Die Werkstatt war klein und unauber. Drei Gehilfen arbeiteten mit reichlichem Plakmanigel vor den Fenstern. In der Mitte war ein langes, schmales Brett auf zwei Böden gelegt. Es stellte den „Aufschneidetisch des Meisters“ vor. Eine Türe führte in ein Nebenzimmer, welches mit als An- und Auskleideraum benutzt wurde. Ich ging hindurch, um meine Sachen abzulegen. Mich überfuhr ein Grausen. Einen finsternen Raum, der einer Kammer eines Altmöbrehändlers glich, gemahnten meine Augen. Somit hatte ich den ersten Begriff meines neuen Heimts hinter mir.

Das Prinzip meines Lehrmeisters war, mich möglichst früh auszunutzen. Aus diesem Grunde durfte ich mich auch schon eine Woche vor Ostern in die Verhältnisse meines neuen Wirkungskreises einrichten. Konnten alle meine Schulgenossen noch bis nach den Feiertagen ausruhen, so war ich schon dem Willen meines Meisters unterworfen. Er war zum Glück, wenn es seine Ranne zuließ, auf zu verzichten. Von früh bis abends hielt er sich in der

Werkstatt auf. Wurde er geschäftlich abgerufen, so hatte die Frau Meisterin die Aufsicht über uns. Sobald sie einztrat, hatte sie stets zuerst etwas an mir auszusprechen. Den Gehilfen gegenüber erlaubte sie sich öfters, wie man es ja meistens findet, hochmännliche Ausdrücke, die jeder Beschreibung spotteten.

Meine Lehrgehilfen versuchten oft, mich zu veralbern. Besser wäre es gewesen, sie hätten mich etwas aufgeklärt und sich mehr um meine Ausbildung gekümmert. Fragte ich sie manchmal, wie ein Stück Arbeit gemacht wurde, so erhielt ich meist eine kurze, ablehnende Antwort.

Hier lernte ich schon kennen, daß ein friedliches Zusammenarbeiten unter den Gehilfen nicht immer möglich ist. Es war einer, noch dazu organisierten, darunter, der es sich anlegen sein ließ, bei gleicher Arbeit seine Kollegen auszunutzen. Die Folgen davon waren, daß der andere dem Meister zu lange daran arbeitete. Er hatte dann alle Schönfärbereien auszusprechen. Hinterrücks wurde ihm kein hoher Lohn (30% Pf. die Stunde) vorgehalten. Auf diese Art und Weise wurden einige meiner Lehrgehilfen hinausgeschickt.

Wir getreil die Arbeit, bis auf das Hahnhare- und Wolleputzen, soweit ganz gut. In meiner dreijährigen Lehrzeit habe ich mich bald allein ein Jahr dem „Zupfen“ widmen müssen. Diese Arbeit, bei der ich Hundestang den größten Teufel „einfressen“ mußte, war mir ganz und gar verhaßt. Auch im Winter mußte ich draußen in der größten Kälte diese Arbeit verrichten. An dem Quantum, an welchem ich im Sommer zwei Stunden gezupft hatte, hatte ich dann, mit heißen Fingern, einen halben Tag zu tun. Dem Meister dauerte es natürlich obendrein zu lange. Sätte er sich eine Maschine angeschafft, so konnte er viel Arbeitszeit ersparen. Auch für meine Ausbildung wäre es besser gewesen und in gesunderlicher Beziehung etwas für mich geschehen. Doch eine Maschine folgte - Weib.

Die Werkstatt entsprach den hygienischen Anforderungen ganz und gar nicht. Geachtet wurde sie in meiner Lehrzeit kein einziges Mal. Spudnapp war Lurus. Vom Abort will ich schweigen. Ein Handtuch mußte für 5 Personen die ganze Woche reichen. Im Sommer erstülte ein pestilenzartiger Gestank, der aus dem Schloßenschloß kam, die Werkstatt. Tageslicht kam, da sich gegenüber eine hohe Mauer befand, trotz hoher Fenster, wenig herein. Ja, nicht ein einziger Sonnenstrahl konnte die Werkstatt erhellern. Die Abendbeleuchtung ließ noch viel mehr zu wünschen übrig. Eine einzige Gaslampe war alles, was zur Beleuchtung beitrug. Was es für ein Bild gibt, wenn 5 Personen um eine Lampe gepörricht sind und jeder in der Gefahr schwebt, „aufgehiegt“ zu werden, kann sich wohl jeder vorstellen.

Als Vergütung für Ausbeutung meiner Arbeitskraft erhielt ich wochentags das volle Essen. Das erste Frühstück war eine Tasse Kaffee und ein trockener „Schuster“. Eine doppelte Butterbrotte war das zweite Frühstück. Das Mittagessen war gut und reichlich. Doch wenn manchmal Sonnabends ganze Kartoffeln und „Braunschwärzer Fett“, das ist Senf in Fett gebraten, auf dem Tisch stand, so war ich schon vor dem Essen satt. In einer Tasse Kaffee und einer doppelten Butterbrotte bestand das Besper. Das Abendbrot, drei „belegte“ Bismen, nahm ich mit nach Hause.

Geld bekam ich während meiner Lehrzeit, außer dem wenigen Trinkgeld, das durch erwachsene Kinder des Meisters geschmälert wurde, nicht in die Hände.

Eine 10 1/2 stündige Arbeitszeit bestand, allerdings nur für die Gehilfen; denn ich mußte mittags durcharbeiten. Nach Feierabend hatte ich das Vergnügen, Wege zu besorgen. Es war keine Seltenheit, wenn ich erst um 1/2 oder um 9 Uhr nach Hause kam. Ja, es wurde manchmal 1/10 Uhr.

Mit dem Entschluß, „Maus aus der Falle“, ersieht man unter solchen Umständen das Ende seiner Lehrzeit. Wieviel fröhlicher gehe ich da jetzt meiner Arbeitssache, wo eine bessere, geregelte Arbeitszeit bezieht, die Werkstatt allen Anforderungen genügt und die Sonne das Gemüt erheitert, entgegen.

R. E.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Berlin. Die Lohnbewegung in der Eisen- und Metallindustrie Berlins brachte den Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Prozent.

Zur Lohnbewegung in der Bielefelder Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie. Am Donnerstag, den 5. Oktober, nahmen die Arbeiter in 5 großen Versammlungen Stellung zu der Antwort der Fabrikanten. Diese hatten auf die Eingabe der Arbeiter vom 22. September unter Hinweis auf die politische Unklarheit den Zeitpunkt für eine erhebliche Lohnerhöhung als ungeeignet er-

klärt; auch die Zuernung habe sich hier nicht so auf wie in anderen Bezirken bemerkbar gemacht. Dabei haben die Arbeiter nur eine Aufbesserung der niedrigeren Löhne verlangt. Zudem ist durch die Bielefelder Fabrikanten eine geradezu horrenden Verteuerung vieler Lebensmittel vor erst 8 Tagen noch zahlenmäßig nachgewiesen. Ferner seien durch die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in Thüringen und Süddeutschland die dortigen Fabrikanten in der Lage, billiger zu produzieren. Demgegenüber wird in Bielefeld die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in ausgeprägter Weise forciert. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 56 1/2 auf 54 Stunden wurde mit dem Hinweis auf die Abmachungen in der Metallindustrie Sachsens und Thüringens (36 Stunden) abgelehnt. Doch in anderen Bezirken, wie Berlin, Tausende von Arbeitern eine längere Arbeitszeit haben, wurde nicht berücksichtigt. Die Firma Dieropp u. Co. habeerner 4. P. nominiell 3 Millionen Mark Aktienkapital. In dem Werte stecken aber tatsächlich nach den Finanzen 15 Millionen Mark. Die gezahlten 28 Proz. Dividende auf die 3 Millionen bedeuten also nur eine Verzinsung des angelegten Kapitals von 5 1/2 Proz. In Wirklichkeit erhält diese Anteilnahme nur die Verschleierung der erzielten Millionengewinne.

In den Versammlungen wurde das wenig entgegenkommende Verhalten der Fabrikanten kritisiert und in einer Resolution einstimmig genehmigt. Von den Unterhandlungen mit den Unternehmern, die am 9. Oktober begaunnen, erwarteten die Arbeiter, daß sie die Erfüllung ihrer bestehenden Wünsche und Forderungen bringen.

Ausland. Die Budapestener Portefeuilier haben einstimmig beschlossen, in den Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer nicht nur jede Lohnerhöhung abzulehnen, sondern während der gemeinsamen geführten Verhandlungen aufzutreten, die Seinarbeit und in einzelnen Betrieben die seit Jahren beständige Stillearbeit einzuführen. Wenn es nach dem Verlangen der Unternehmer geht, sollen die Arbeitsverhältnisse um 25 Jahre zurückverrevidiert werden, ein Aufstehen, gegen das sich die Kollegen energisch zur Wehr setzen und dabei der Unterstützung der deutschen Kollegen versichert sind. Insbesondere hält es jeder Portefeuilier für seine Ehrenpflicht, Budapest so lange zu meiden, bis geordnete Zustände in den Lederwarenbetrieben eingeführt sind.

Zu Belgard hat die Lohnbewegung der Tischler eine neue Wendung genommen. Milan Stojanovic, der Eigentümer des größten Betriebes, ist gegen die an der Spitze der Bewegung stehenden Kollegen in der brutalsten Weise vorgegangen. Einen Budapestener Nachfolger ließ er unter anderem unter dem Vorwande „Majestätsbeleidigung“ durch die Polizei auf 20 Tage einsperren. So zeigte sich die Belgardener Polizei in puncto Materialismus mit der Budapestener Polizei auf gleicher Stufe. Auch sie sieht den Ausbeutern stets dienstfertig zur Verfügung, und sie brutalisiert die dort beschäftigten ungarischen Arbeiter auf die geringste Denunziation hin in der gemeinsten Weise. Trotz aller Bemühungen des dortigen Schuhmacherverbandes wurde diese Bewegung vorläufig ohne Erfolg abgeblieben. Nun werden die Arbeiter drinnen in den Werkstätten auf das niederträchtigste Vorgehen der Meister entsprechend antworten. Belgard, ganz besonders aber die Werkstatt des Milan Stojanovic, stehen unter dem strengsten Boykott, was den Fachkollegen allerorts hienüt zur Kenntnis diene.

**Aus unserem Beruf.**

Portefeuiliermeister. Diesen etwas seltsam klingenden Titel, der zum Anleiten von Lehrlingen Befugnis gibt, haben einige Portefeuilier erworben, nachdem sie im letzten Frühjahr die Meisterprüfung vor der Prüfungskommission der Provinz Starenburg bestanden haben. Es sind dies: Wilhelm Hermann Glab zu Dietelsheim, Gg. Hof zu Bieber, Jean Berner zu Groß-Steinheim, Franz. Val. Jos. Winter zu Jügesheim, Engelbert Trach zu Mühlheim, Christian Scharp zu Offenbach, Gustav Heinz, Scheerer zu Offenbach, Karl Selzer zu Offenbach, Peter Anton Kopp zu Offenbach-Bürgel, Konrad Friedrich Kopp zu Offenbach-Bürgel, Reinhard Ernst Müller zu Humpenheim, Adam Nic. Mühl zu Selgenstadt, Karl Bernhard Stenger zu Selgenstadt, August Friedrich Gotta, Peter Kaiser, Peter Anton Paul, Kaspar Peder, Konrad Jaf. Danz, Heinz. Adam Döbert, Jos. Karl Mohler, Chr. Seb. Mayer, Kaspar Ludw. Ott, Jos. Adoff Beroth, Seb. Nibel, Nic. Wilhelm, Johannes Graber V.L. sämtlich zu Oberlahausen, Wilhelm Jakob zu Gaimhausen, Seb. Picard zu Dausen, Philipp Schwarzwaller zu Heusenstamm, Jos. Burhard Subit zu Rembräden und Sattlermeister Josef Pilger zu Offenbach.

**Aus Industrie und Handel.**

**Lederhandel.** Wie die „Leder-Industrie“ berichtet, nimmt das Geschäft auf dem Sattlerledermarkt seinen gewöhnlichen und ganz erfreulich lebhaften Verlauf. Es macht sich hier ebenfalls eine ungemeine Nachfrage bemerkbar, und zwar profitierten davon sowohl Weichleder für alle Zurückhaltungsarten, als auch Kippsattlerleder. Wagenbau und Automobilbau erfreuen sich ebenfalls lebhaften Geschäfts. In Ledereinzelvertrieb hält die ungemeine Nachfrage an, und zwar werden schwere, harte Sortimente bevorzugt. In Maun- und Fetta Leder und ebenfalls ganz mittlere Sorten zu verkaufen. Möbelleder erfreuen sich durchaus lebhaften Geschäfts. Der Portefeulienmarkt erfreut sich lebhafter Nachfrage.

**Deutschlands Ein- und Ausfuhrergebnisse im Jahre 1910.** Im Spezialhandel, der die Ein- und Ausfuhr des freien Verkehrs und Berechtigungsbereichs umfasst, wurden für 8989,9 Millionen Mark Waren eingeführt gegen 8860,1 Millionen Mark im Jahre 1909, mithin 129,1 Millionen Mark, d. h. 1,5 Proz. mehr. Noch viel beträchtlicher aber liegt die Ausfuhr, die von 6558,8 Millionen Mark im Vorjahre auf 7630,4 Millionen Mark, also um 1071,6 Millionen Mark, d. h. 11,3 Proz. emporschnellte. Der Menge nach belief sich der Zuwachs der Einfuhr auf 15,91 Millionen Doppelzentner (2,4 Proz.), der Zuwachs der Ausfuhr auf 34,2 Millionen Doppelzentner (11,1 Proz.). Von dieser gewaltigen Ausfuhr, die im reinen Warenverkehr ohne Edelmetallverkehr sich sogar um 872,75 Millionen Mark vermehrte, entfielen unter den wichtigsten Warengruppen auf chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Karben und Karbwaren 690,49 Millionen Mark (1909: 612,2), tierische und pflanzliche Spinnstoffe 1355,04 Millionen Mark (1909: 1194,7), unedle Metalle und Waren daraus 1220,85 Millionen Mark (1909: 1037,9), Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeugzeuge 818,99 Millionen Mark (1909: 682,77), Leder und Lederwaren um 440,9 Millionen Mark (1909: 390,95). Prozentual wie zahlenmäßig ist somit die Ausfuhr sehr stark gestiegen, was zugleich einen günstigen Rückschluss auf eine Vermehrung der Produktion gestattet.

**Amerika.** Um einen Überblick über den gegenwärtigen Geschäftsgang des Wagen- und Karosseriebans zu bekommen, ließ „The Carriage“ Dentists Journal“ an sämtliche Fabrikanten der genannten Branche zirkuläre ergehen, mit dem Ersuchen, möglichst genaue Angaben zu machen, ob die jetzige Geschäftslage einen Aufschwung noch zu erwarten hätte oder nicht; des Weiteren, ob die Wagenbauindustrie durch den Automobilbau Nachteil erlitten habe und wieviel? Nach den Berichten verschiedener Fabrikanten aus New York und Pennsylvania hat die betreffende Branche keine Nachteile erlitten eventuell zu befürchten. Der Geschäftsgang sei jetzt sogar ein ziemlich reger, teilweise noch besser als in den Vorjahren. Demnach ist also für die Geschirrfabrik eine gute Zeit in Aussicht und brauchen auf keine Krise zu rechnen. — Die Lage ist in Chicago zum Teil noch unverändert. E. F.

**Die Österreichischen Ledereinzelvertriebsfabrikanten** haben, dem Beispiel ihrer deutschen Kollegen folgend, eine Erhöhung der Preise für Ledereinzelvertrieb um 5 Proz. vorgenommen, die sogleich in Kraft tritt.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** An der Francoversammlung der Portefeulien- und Reiseartikelhändler am 4. Oktober bei Graumann referierte Kollege Plum über: „Mollus und seine Lehren“. Der Streif bei der Firma Georg Weigert um die Anerkennung des Pariss dauert nunmehr die fünfte Woche, ohne daß einer der kämpfenden arbeitwillig geworden ist. Nur der Werksführer Felix Kunzliche glaubt mit seinen Diensten die Firma zu retten. Es ist zu bedauern, daß eine Anzahl Mitglieder der Fabrikantenvereinigung die betreffende Firma mit Lieferung von Waren unterstützt. — Unter Geschäftliches wurde auf den Besuch der Generalversammlung am 18. Oktober, des Stiftungsfestes am 21. Oktober und auf die Heimbefreiung am 5. November aufmerksam gemacht.

**Glogau.** (C. 6. 10.) In der von 13 Kollegen besuchten Versammlung wurde lebhaft Klage geführt über die gegenwärtig erbärmlichen Lohnverhältnisse und Schikanierungen, denen die Kollegen hier ausgesetzt sind. Schuld an den miserablen Zuständen trägt auch die Uneinigkeit der Kollegen. Die Anwesenden verpflichteten sich, alles daran zu setzen, durch Agitation und Ausflärer den Verband zu stärken. Wegen Forderung der Arbeitsverhältnisse mußten die Posten eines Kartelldelegierten, Schriftführers und Werkstattführers neu besetzt werden.

**Dresden.** (C. 9. 10.) Am 3. Oktober sprach im großen Saale des Volkshauses Gustav G ü d n e r -D a m b u r g über „Masse und Führer“. Es gipfelte

in Ausführungen in der Forderung, den Führern Vertrauen entgegenzubringen und für wichtige Bestimmungen ein Delegiertensystem einzuführen. Die Diskussionsredner sprachen sich, mit einer Ausnahme, in ähnlichem Sinne aus. Unter „Gewerkschaftliches“ kam die Angelegenheit Gullik kontra Firma Einigungsamt zur Sprache. Wie die Kollegschaft über die abgegebene Ehrenurkunde denkt, kam in verschiedenen drastischen Zwischenrufen zum Ausdruck, wie: Dies sind, kein Engel ist so rein! Kollege Prundt berichtet noch vom Gesellenauschuss. Da von einigen Anwesenden die Arbeitsordnung nicht eingehalten wird, machte sich eine Mißsprache mit den Herren Krüßke, Gieseler, Entenlein, Schulz und Doy n o t a. Nur die ersten beiden Meiler zeigten einiges Entgegenkommen, während die anderen sich den Herrn im Hause Standpunkt zueigen machten. Das wurde scharf kritisiert, da doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Geschirrfabrik für den schlechtesten Zahlen und einer Verbesserung durchaus bedürftig sind. Die Kollegen der Meißner Metallwerke werden noch aufgefordert, die Statistiklisten auszufüllen und abzugeben. Anwesend waren zirka 200 Kollegen.

**Nachen.** (C. 10. 10.) Unsere letzte Mitgliederversammlung, die wieder gut besucht war, befaßte sich mit dem Geschäftsbericht von der Gründung der Verwaltungsstelle bis zum Quartalschluß. Aus der Abrechnung geht hervor, daß der Mitgliederbestand am Quartalschluß 59 beträgt. Im Laufe der letzten Woche sind wieder eine größere Zahl Aufnahmen gemacht worden, so daß der gegenwärtige Stand der Verwaltungsstelle sich auf rund 80 Mitglieder bezieht. Ein schöner Fortschritt, der sicher dazu beitragen wird, daß die Kollegen in der Agitation weiter ihren Mann stellen, um recht bald das erste Hundert zu erreichen.

Ferner befaßte sich die Versammlung mit dem Bericht der Nacheren Handelskammer für das Jahr 1910, soweit er sich mit unserem Rufe und den Arbeitsverhältnissen in diesem befaßt. Dergu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 1. Oktober tagende, gut besuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Nachen des Verbandes der Sattler und Portefeulien nimmt Kenntnis von dem Bericht der Handelskammer in Nachen für das Jahr 1910. Die Versammlung protestiert gegen die Ausführungen, soweit sie sich auf die Werturteilung der in unserem Berufe tätigen Arbeiterschaft beziehen und eine Herabsetzung der Arbeiterschaft bezwecken. Die Versammlung erklärt es als unwar, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters trotz höherer Löhne gegen früher weiter nachläßt. Es sind genügend leistungsfähige Arbeiter vorhanden. Die Arbeitgeber ziehen jedoch vor, ungenutzte Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen einzustellen. Die leistungsfähigen Arbeiter, die nicht zu Löhnen, wie sie von den Arbeitgebern geboten werden, arbeiten können, ziehen es vor, in anderen Industriezweigen oder auswärtig Arbeit zu nehmen. Eine aufgemachte Statistik beweist, daß die Löhne in der Nacheren Lederindustrie mit die niedrigsten sind, die in dieser Industrie überhaupt gezahlt werden. Daß ein Arbeiter mit einem Lohn von 17, 18, 20 oder 21 Mk. heute nicht leistungsfähig bleiben kann, muß selbst dem rückwärtsdenkenden Arbeitgeber einleuchten.“

Unsere „Lieben Freunde“ vom „Christlichen Lederarbeiterverband“ können den Schmerz über unsere Erfolge immer noch nicht überwinden. In der Nr. 228 des Nacheren „Volkfreund“ machen sie ihrem bedrängten Herzen in einem längeren Artikel, der nur so von Verdrehungen und Lügen kreist, Luft.

Gleich oben wird angeführt, daß wir uns in unserer Zeitung darüber aufgeregt hätten, daß die „Christlichen“ mit den Männchen der Kollegen an die Öffentlichkeit getreten sind. Jeder Kollege, der auch nur ein klein wenig Auffassungsbereitschaft besitzt, wird zugeben, daß dies gar nicht zutrifft. Wir haben lediglich geantwortet auf die Lugensatz, die sich unter „Soziales“ in Nr. 204 des „Volkfreund“ befindet und war diese Antwort bereits schon bei unserer Redaktion, als der christliche Versammlungsbericht vom 3. September erschien. Wir begreifen aber die Witze der „Christlichen“ Lederarbeiterverbänder darüber, daß es ihnen nicht gelungen ist, durch ihre Taktik uns Anspitz zwischen die Beine zu werfen. Man ist uns eine zugkräftige Agitationsparole verlegen. Das Wort „Sozialdemokratischer Sattlerverband“ und alle die schönen Redebelilien verlangen bei einsichtigen Kollegen nicht mehr, deshalb mußte man es auf eine andere Art und Weise versuchen. Man stellte sich in Versammlungen hin und versuchte, die Kollegen für eine baldige Lohnbewegung schwach zu machen und glaubte so eine zugkräftige Agitationsparole gefunden zu haben. Die Gedanken hierbei waren aber andere. Man sagte sich, macht der Sattler- und Portefeulienverband jetzt eine Lohnbewegung mit, so fällt er bei seiner jungen Organisation damit rein, macht er aber keine Lohnbewegung mit, dann können wir an die Kollegen herantreten und sagen: „Seht, der Sattlerverband will zur Verbesserung eurer Lage nichts tun.“

Wie wir es vorausgesehen, ist es auch gekommen. Schon in dem Artikel in Nr. 228 des „Volkfreund“ heißt es: „Es kommt ja nicht darauf an, etwas für die Arbeiter zu tun, somit hätte man das Vorgehen des christlichen Lederarbeiterverbandes respektieren müssen.“ In den Kopien der „Christlichen Lederarbeiter“ Nachens scheint eine sonderbare Auffassung über die Vorbereitung von Lohnbewegungen zu existieren. Jedenfalls halten wir ein Vorgehen, wie man es hier beliebt, für verfehlt und lassen uns auch keine Vorschriften von ein paar Männchen machen. Den Zeitpunkt für eine eventuelle Lohnbewegung suchen wir uns selbst aus, und wenn man auf der anderen Seite erblich ist, läßt sich darüber sprechen. Sagte doch selbst der „Christliche“ Gewerkschaftssekretär Königshoven in einer vom „Christlichen Lederarbeiterverband“ euberufenen öffentlichen Versammlung, als einer von unseren Kollegen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren notwendige Verbesserung hinwies: „Machen Sie doch nicht von Lohnbewegung, der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen.“ Ein paar Tage später stellen dann sich diese Leute hin und drängen geradezu zu einer Lohnbewegung. Mit viel mehr Recht als die „Christlichen Lederarbeiterverbänder“ können wir sagen: Dem christlichen Verband ist es nicht um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu tun. Das hat er seit der Zeit seines Bestehens in Nachen bewiesen, ganz abgesehen davon, daß das Verbändchen zu schwach ist, aus eigener Kraft für unsere Kollegen etwas zu tun. Der christliche Lederarbeiterverband versucht durch seine Taktik, eine Weiterentwicklung unseres Verbandes aufzuhalten.

Unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß wir noch stärker werden. Und wie aus den oben mitgeteilten Zahlen ersichtlich ist, geht die Entwicklung gerade gegen den Willen der „Christlichen Verbänder“. Daß dies unseren „Lieben Freunden“ nicht ungemach ist, können wir begreifen, aber —

Ueber den Begriff „Neutralität“ mit diesen Leuten zu preisen, ist uns hier der Raum zu feilbar. Wir brauchen uns nur die „Christlichen“ Organe anzusehen, eine Nummer ist immer „neutral“ als die andere, meistens die reinen Schimpfnummern, dann bekommt man einen Begriff von der „Christlichen Neutralität“. Schimpfen und Verleumdungen ist zwar nicht christlich, aber Aufgabe der „Christlichen“ Gewerkschaften.

Wir haben in unserer Organisation auch Nichtsozialdemokraten und auch sehr religiös getaufte Kollegen. Sie fühlen sich wohl bei uns und in ihnen noch kein Haar gekrümmt worden. Diese Kollegen haben eingesehen, daß nur eine starke Organisation die Lage der Arbeiter verbessern kann und nicht ein Verbändchen.

Eine glatte Lüge ist es, wenn es im „Volkfreund“ heißt, daß unsere Kollegen auf der internationalen Konferenz im Jahre 1909 den Ausführungen des französischen Delegierten zugestimmt hätten. Entweder hat der Verfasser des Artikels das Protokoll dieser Konferenz nicht gelesen oder er hat absichtlich geschwindelt. Unser stolger Mann war es, der in der Diskussion über die Berichte der einzelnen Landesorganisationen ausdrücklich erklärt hat Protokoll Seite 335, daß wir die Auffassung der französischen Kollegen nicht teilen.

Aber bei unseren „Lieben Freunden“ ist es nun einmal so. Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

**Aus anderen Organisationen.**

**Die Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften** machte auch im Laufe des zweiten Quartals weitere Fortschritte. Der Gemeinbearbeiterverband zählte am 30. Juni in 179 Zirkeln 42.622 Mitglieder.

Der Streik in den Berliner Geschäftsbüchereifabriken wurde mit Erfolg für die Arbeiter beendet. — Die Tarifverhandlungen für das deutsche Buchdruckergewerbe brachten den Arbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde wöchentlich bei einer fünfjährigen Tarifdauer. — Der Kampf im Steindruckergewerbe ist zurzeit in vollem Gange. Es sind nach den neuesten Berichten der Gehilfenorganisation etwa 4500 Personen im Ausstand, und zwar 2000 durch Aussperrung und 2500 durch eigene Kündigung. Da in Deutschland rund 12.000 Lithographen und Steindruckergewerkschaften sind, wird die Schwach der Einfluss des Schutzverbandes ist. Die Ausständigen haben infolgedessen begünstigte Aussicht, den Kampf bald mit Erfolg beenden zu können. — Im Schneidergewerbe sind in Hagen, Bonn und Elberfeld Differenzen ausgebrochen. — Einen neuen, besseren Tarif haben in Stettin die Tapezierer ohne ernstliche Anstrengungen erreicht. — Durch Verhandlungen erreichten in Frankfurt a. M. die Gezeugungs- und rechte annehmbare tarifliche Fortschritte. — In Bremen sind etwa 900 Brauerei-

arbeiter ausständig geworden, weil die Unternehmer jedes Entgegenkommen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage verweigerten. Die Aussperrung in der Metallindustrie Thüringens ist jetzt soweit beendet, daß nur noch die offizielle Feststellung ihres Abchlusses fehlt. — Mehr als 3000 organisierte Arbeiter der Berliner Eigengüterereien, denen sich eine große Anzahl Unorganisierter anschloß, legten am 6. Oktober die Arbeit nieder. — Als Antwort auf ihre beschiedene Lohnforderung wurden den Arbeitern der Karls-Hütte zu Mendenburg zum 7. Oktober die Arbeit angekündigt. Die vom Metallarbeiterverband nachgesuchte Verhandlung wurde von der Direktion strikte abgelehnt und ein richterliches Urteil erwirkt, wonach am 9. Oktober die Werkseinstellungen von den Streikenden geräumt werden müssen. Die Gemeinde Wülfelsdorf baut Wägen, um die Fahrlässigkeiten der so rücksichtslos Ermittelten unterbringen zu können. — Die Möbel-fabrik Stücker in Herford unterzieht als Mitglied des Arbeitgeberverbandes dem zwischen den Organisationen abgeschlossenen Tarifvertrag, hält ihn aber nicht ein. Die Arbeiter griffen schließlich zur Selbsthilfe und legten die Arbeit nieder. Nur die Christlichen blieben stehen und entfalten eine lebhafte Tätigkeit als Arbeitswilligenvermittler, trotzdem sie Mitkontrahent sind. Eine noble Geschäft!

Soziales.

Wichtig für Selbst- und Weiterversicherte der Invalidenversicherung. Die Änderungen des Invalidenversicherungsgesetzes, die durch die RVO. beschlossen sind und am 1. Januar 1912 in Kraft treten sollen, bedingen eine Änderung der Beitragsätze. Die Beiträge betragen ab 1. Januar 1912:

in Klasse 1	16 Pfennig
2	24 "
3	32 "
4	40 "
5	48 "

Nach § 146 A.-B.-G. dürfen Selbst- resp. Weiterversicherte Marken für eine länger als ein Jahr zurückliegende Zeit nicht verwenden. Selbstversicherte müssen in zwei Jahren mindestens 40, Weiterversicherte dagegen im gleichen Zeitraum mindestens 20 Marken geklebt haben. Alle Selbst- und Weiterversicherten handeln daher in ihrem eigenen Interesse, wenn sie vor dem 1. Januar 1912 prüfen, ob bereits die erforderliche Anzahl von Marken geklebt worden ist, und wenn das nicht der Fall ist, dann noch vor dem 1. Januar 1912 die erforderliche Anzahl Marken kleben, um durch die spätere Verwendung der Marken nicht Nachteile zu erleiden und schließlich um ihre Rechte zu kommen. — Die Änderungen des Gesetzes durch die RVO. machen neben der Neuausgabe von Leuchtungsarten, die andere Farben als die bisherigen erhalten sollen, auch Leuchtungsarten mit dem neuen Text nötig. Auch die Karten werden voraussichtlich andere Farben erhalten. Die alten Karten gelten nach dem 1. Januar 1912 nur noch für Beiträge, die vor diesem Zeitpunkt fällig waren. Die bereits ausgestellten Karten gelten bis zum Ablauf des Umsatzjahres weiter.

Arbeiter meidet den Schnapsgenuss! Diese erste Wohnung wurde von dem Zensur Parteitag erneut der gesamten Arbeiterschaft zur dringenden Befolgung empfohlen. Der Schnapskonsum bereichert die Magarier.

Schnaps ist Gift fürs Volk!

Rechtspredung.

Jugendlichen Arbeiterinnen muß vor- und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Gegen diese Bestimmung des § 136 der Gewerbe-novelle wurde in der Taschen- und Gürtelfabrik von B. Caspel u. Co., Frankfurt a. M., verstoßen, indem dort die minderjährigen Arbeiterinnen längere Zeit hindurch statt einer halbstündigen Frühstücks- und Vesperpause nur eine viertelstündige gehabt haben. Vom Schöffengericht waren deshalb wegen Gewerbevergehens beurteilt worden: der Werkmeister Karl Winter zu 50 Mk. und die Inhaber der Fabrik, Moritz und Benno Caspel, zu je 30 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatten alle drei Berufung eingelegt. Winter wünschte die geringste zulässige Strafe, weil es das extremste sei, daß ein solcher Verstoß unter seiner Verantwortung festgestellt worden sei. Weiter führte er zu seiner Entschuldigung an, daß die Arbeiterinnen sich selbst die Pausen verkürzt hätten. Die erwachsenen Arbeiterinnen hatten doch eine Viertelstunde Pause, und dann sei es den jugendlichen zu langweilig geworden, und sie seien ihren älteren Kolleginnen aus freien Stücken an die Arbeit nachgelaufen. Wiederum mußte der Vorsitzende feststellen, daß die Arbeiter durch die Strafbefehle auch gerade gegen sich selbst geschützt werden sollen. Die Gewerke Caspel waren vom Schöffengericht beurteilt worden, weil sie es an der

nötigen Aufsicht hätten fehlen lassen. Vor der Straf-kammer weigerten sie sich zunächst, in die Anklage-bank zu gehen. Der Vorsitzende mußte ihnen erst auseinandersetzen, daß er keinen Unterschied zwischen höheren und niederen Angeklagten machen könne. In der Sache verteidigten sie sich damit, daß Winter ver-traglich verpflichtet sei, den technischen Betrieb allein zu leiten und insbesondere auch für die Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung zu sorgen; außerdem sei Moritz Caspel 10-11 Monate im Jahr auf der Reise und komme nur wenig in die Fabrik; Benno Caspel sei auch 8 Monat auf der Reise. Wenn er da sei, könne er wohl öfter in die Fabrik, habe dann aber genug mit den kaufmännischen Angelegen-heiten zu tun. Das erscheint einigermaßen glaub-haft, wenn man bedenke, daß bei 50 Arbeitern ein kaufmännisches Personal von 30 Personen beschäftigt wird. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung aller drei Verurteilten. Nach § 151 der Gewerbe-ordnung seien wegen Verletzung der Schutzvorschriften neben dem vertraglich verantwortlichen Werkmeister auch die Inhaber des Betriebes zu bestrafen, wenn sie die Möglichkeit hatten, sich von der Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung zu über-zeugen, es aber unterlassen haben. Das Gericht verwarf nach länger Beratung die Verurteilung Winters, sprach aber die Brüder Caspel frei, weil es anmah, daß ihnen die Möglichkeit der Beaufsichtigung gefehlt habe. —

Rundschau.

Ein neuer Feind des Qualitätsrechtes. Unter dieser Epithete brachten wir in der letzten Nummer unserer Zeitung eine längerer Notiz über die Grün-dung eines Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes. Daß wir diese Organisation richtig gewürdigt haben, bestätigt uns eine Meldung bürgerlicher Blätter, wo-nach aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Großindustrie diesem Verbands 100.000 Mk. in fünf Rat-nen a 20.000 Mk. gespendet wurden, um die Kreise des Mittelstandes der hochschulmäßigen Richtung dienlich zu machen, die doch eigentlich den Inter-essen des Mittelstandes entgegenwirken. Anfangs konnten wir es nicht verstehen, wieso der Vorsitzend: Herr Höbner die Großindustrie als Freund des Mittelstandes bezeichnet, mit der man sich auf guten Fuß stellen müsse. Jetzt geht uns ein Seiten-stück auf. 100.000 Mk. sind kein Pappensteil! Ob die Mittelständler sich solch einen Seelenverkauf ge-fallen lassen, wird die Zukunft lehren. Doch, wenn die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blind-heit!

Theodor Bömelburg, der Vorsitzende des Lan-desarbeiterverbandes und Reichstagsabgeordneter des Kreises Dortmund, ist infolge der vorjährigen Ein-gangsverhandlungen im Baugewerbe, die für ihn viel Anstrengungen und Aufregungen mit sich brach-ten, an einem Nervenleiden schwer erkrankt, so daß er vorläufig nicht wieder arbeiten kann und es zweifelhaft erscheint, ob er überhaupt wieder völlig gesund werden wird. Es ist zu wünschen, daß diese Befürchtungen sich nicht bestätigen und daß die Kur in Egersburg, wo H. sich jetzt befindet, die völlige Genesung eines unserer besten Gewerkschaftsführer herbeiführt.

Notstandsaktionen der Gemeinden. Die Offen-bacher Stadterordnetenversammlung vom 5. Oktober hat einen Betrag von 30.000 Mk. bewilligt, der zu Maß-nahmen gegen die Teuerung Verwendung finden soll. — Die Stadterordneten in Essen (Ruhr) be-schlossen, eine Eingabe an die Staatsregierung zu richten, in der eine Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh dringend empfohlen wird. Außerdem wird die Stadt den Verkauf von Seefischen und Kartoffeln übernehmen. 30.000 Mk. werden im Hinblick auf die Lebensmittelteuerung als Unterstützungsfonds für die städtischen Beamten und Arbeiter bereitgestellt, 15.000 Mk. zur Erhöhung der Armenunterstützung und 19.000 Mk. statt bisher 10.000 Mk. zur Speisung armer Schulkinder. — In Berlin begann am 10. Oktober unter Kontrolle städtischer Beamter der Verkauf von Seefischen in 7 Markthallen.

Der Umfang des Heeres und der Marine. Bei dem fortgeschrittenen Versuch bürgerlicher Preskorgan, das deutsche Volk in einen Krieg zu heben, ist es jedenfalls interessant zu hören, welche Etatsstärke Heer und Marine im Deutschen Reich zurzeit be-sitzen, d. h. wieviel Personen also im Interesse einer Handvoll Leute ihr Leben aufs Spiel setzen müssen.

Die Gesamtpopulation des deutschen Heeres beträgt zurzeit 626.732. Davon befinden sich 507.253 „Gemeine“, 86.442 Unteroffiziere, 25.880 Offiziere, 2294 Militärärzte usw. Die Infanterie im engeren Sinne zählt 216 Regimenter mit einer Gesamtpopulation von 391.600, die Jäger 18 Bataillone mit 11.848 Köpfen, die 15 Maschinengewehrabteilungen 1398 Köpfe, die 303 Regimentsmandos 7273 Personen, was zu-sammen 411.620 Personen Infanterie ergibt. Die

Kavallerie umfaßt 103 Regimenter mit 74.436 Per-sonen, die Artillerie 96.616 Personen, die Pioniere 5 Bataillone mit 18.127 Personen, die Verlehter-truppen 9362 Personen, der Train 23 Bataillone mit 7844 Personen, „in besonderen Formationen“ (Schloßgarde-Kompagnie uhr.) sind 3848 Personen untergebracht, und als „nicht regulierte Offi-ziere“ werden 4879 Personen verzeichnet.

Die Etatsstärke der Marine zählt 3165 Offiziere und Marinezahlmeister, 583 Seeoffiziersaspiranten, 57.056 Seeoffiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und Schiffsjungen. Das ergibt eine Gesamtpopulation von 60.804.

Zu dem allen kommen noch 118.246 Pferde, 128 Kriegsschiffe und eine ungeheure Menge sonstiger Materialien. Man sieht, ungebührlich ist das Risiko an Menschenleben und Gütern, das ein Krieg birgt. Es ist alles daran zu setzen, ihn zu vermeiden. Nur Ban-dalen können ein Wohlgefallen daran finden, wenn durch Kriegsgewalt unsere Kultur vernichtet wird.

Warum streiken Sie? Während der Streiks der englischen Eisenbahn- und Lokomotivarbeiter erließ eine verbreitete englische Wochenzeitschrift die Preis-frage: „Warum streiken Sie?“ Für die beste Be-antwortung, die auf einer Postkarte erfolgen mußte, war ein Preis von 200 Mk. ausgesetzt. Dieser Preis wurde, wie die Redaktion der Zeitschrift in ihrer letzten Nummer mitteilt, folgender Beantwortung zuerkannt:

„Als Arbeiter befinde ich mich im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware, und das ist meine Arbeit-kraft. Ich beanspruche das Recht, diese Ware zu ihrem Marktwert zu veräußern und suche, wie es so mein kapitalistischer Arbeitgeber auch mit seinen Waren hält, den möglichst hohen Preis dafür heraus-zuschlagen. Ferner trete ich — wiederum in Über-einstimmung mit den Methoden meines Arbeit-gebers — einer Vereinigung bei, die den Preis, zu dem meine Arbeitskraft verkauft werden kann, fest-setzt; wir, die Mitglieder dieser Vereinigung, ver-pflichten uns, unsere Arbeitskraft unter diesem Preis nicht zu verkaufen. Das Recht, diese Methode anzuwenden, befreit mich von meinem Arbeitgeber, während er sie ungehindert befolgt und anwendet. Wenn ich meine Ware nicht mit dem von ihm festgesetzten Betrag bezahlen will, erhalte ich sie nicht, und wenn er mir den von uns festgesetzten Preis für meine Ware nicht zahlen will, erhalte ich diese auch nicht. Ich streike!“

Lohnzahlung in Reichswährung. In Nr. 31 dieses Jahrgangs unserer Zeitung brachten wir eine Klau-derei: „Woran man bei der Lohnzahlung nicht denkt“, in der ein Jurist die Beauptung aufstellte, daß Reichsstaffenscheine nicht als gesetzliche Lohn-zahlungsmittel gelten können. Dieser Auffassung widerspricht ein Hamburger Rechtsanwalt im „Berl. Tagebl.“ Er meint, die Ansicht, daß Kupfer-, Nickel- und Silbermünzen auslösen, Reichswährung zu sein, wenn sie in Beträgen von über 1 Mk. beginn. 20 Mk. verwendet werden, und daß den Reichsstaffenscheinen die Qualität von Reichswährung abgesprochen wird, ist nicht zutreffend. Es besteht die gesetzliche Bestim-mung, daß niemand verpflichtet ist, über die obigen Beträge hinaus die einzelnen Münzen in Zahlung zu nehmen; Reichsstaffenscheine braucht niemand an-zunehmen, aber deshalb bleiben die Reichsmünzen in jeder Höhe und die Reichsstaffenscheine doch Reichs-währung und eine Zahlung von 25 Mk. in Nickel oder 1-Mark-Stücken bleibt eine Barzahlung in Reichs-währung. Gewerbeordnung § 115 schreibt lediglich vor, daß die Löhne in Reichswährung berechnet und bar ausbezahlt werden sollen. Es fragt sich also nur, was als Barzahlung anzusehen ist. Als solche wird aber nicht nur eine Zahlung in Reichsmünzen und Kassenscheinen zu gelten haben, sondern auch in Reichsbanknoten, da auch diesen in Deutschland die Qualität eines Zahlungsmittels zukommt.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Leipzig-Land am 30. September erhielten die freien Gewerkschaften 5790, der Kundelstempel 237 Stimmen.

Am Tage zuvor fanden die Wahlen der Unter-nehmervertreter statt, wobei 70 Stimmen abgegeben wurden, von denen 35 auf die Liste des Gewerkschaftskartells und 35 auf die der Gegner fielen.

Im unteren Teile des Kreises Solingen eroberten die freien Gewerkschaften zwei neue Mandate als Besitzer zum Gewerbegericht. Auf unsere Liste entfielen 498 Stimmen. Die Christlich-sozialen brachten es auf 176 Stimmen.

Verlesungen für Arbeiter. Zwischen der Ge-werkschaftskommission Berlins und dem Humboldt-Akademie ist ein Überein-kommen getroffen worden, wonach die Kommission die Hörfahrten zu den Unterrichtskursen übernimmt und dieselben zum Vorzugspreise von 2 Mk. pro Kursus an die Gewerkschaftsvorstände abgibt.

Die Vorlesungen werden alle Wissensgebiete um-fassen: Kunst und Kunstgeschichte, Musik und Musik-geschichte, Literatur und Literaturgeschichte, Philoso-

plac, Lebens- und Weltanschauung, Weltgeschichte, Negegeschichte, Entfaltungsgeschichte, Entwicklungslehre, Geologie, Technik, Physik, Chemie, Medizin, Hygiene, Ethik, Sexual-Ethik, Rechts, Volkswirtschaft, Staatswissenschaft, Bürgerkunde, Handelstande usw. Besonders reichhaltig sind die Kurse zur Erlernung fremder Sprachen. Französisch, Englisch, Italienisch, Russisch und Lateinisch sind mit je mehreren Zyklen vertreten.

Ferner sind Diskussionsübungen über Tagesfragen und Vorträge in der Kunst des Vortrages vorgegeben.

Der Erlernung des Schachspiels dient ebenfalls ein Kursus. Eine Anzahl Vorträge werden durch Lichtbilder und Demonstrationen erläutert werden.

Die Vorträge und Unterrichtsstunden beginnen Anfang Oktober. Die Mitglieder, welche sich an denselben beteiligen wollen, können die Hörerlisten von ihrer Ortsverwaltung oder im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engel-Allee 15 I, Zimmer 23, in der Zeit von 9-1 und 4-8 Uhr bekommen. (Sonntags mit vormittags.)

**Hufforderung.**

Sehr schwer ist dem Zentralverband der Fleischer die Agitations- und Organisationsarbeit gemacht. Die Unternehmer, Wurstfabrikanten wie Fleischermeister, leben alles daran, um bei den Gezellen die Ansicht aufrechtzuerhalten daß die Gezellenzeit nur eine Durchgangsstation ist, jeder nach kurzer Gezellenzeit Weiter wird.

Durch die ausgedehnte Arbeitszeit und den Mangel an fast jeder geistigen Nahrung (im Hause des Meisters erhalten sie nur die Meisterzeitungen), hat sich in den Gezellen der Glaube an baldige Selbstständigkeit so festgesetzt, daß sie von der vollständigen Interessenharmonie fest überzeugt sind. Sie glauben dem Gerede der Meister, der Organisation gegenüber verhalten sie sich passiv.

Die Entwicklung des Vernies zeigt aber, daß nicht einmal mehr der 6. Teil der Gezellen selbständig werden kann. Um jedem die Selbstständigkeit zu ermöglichen, müßten sich heute 7mal soviel Gezellen selbstständig machen können als es Anfang der Vier Jahre geschah. Da die Bevölkerung sich seit der Zeit nur andertshalb vermehrt hat, ist dieses ein Ding der Unmöglichkeit.

Da die Zahl der Lehrlinge fortwährend steigt, sind junge Gezellen stets vorhanden (über 7000 lernen pro Jahr aus), ältere Gezellen werden fast gar nicht verabschiedet, so müssen die Gezellen, die heiraten wollen, den Verus aufgeben.

Der Zentralverband der Fleischer hat schon Versuche in diese rüdständigen Verhältnisse gelegt. Die Unternehmer haben bereits als Gegenmine einen Arbeitgeberverband gegründet. Nicht genug damit, haben sie auch zum Mittel der gelben Organisation gegriffen. Ausgehaltene Individuen haben sich genügend zu dieser Sache gefunden.

Da ein großer Teil dieser dem gelben nationalen Arbeiterverband angehört, muß jeder Arbeiter das größte Interesse daran haben, daß die Fleischergezellen dem Zentralverband der Fleischer angeführt werden. Wer mit einem Fleischergezellen zusammenkommt, als Verwandter, Freund, Hausbewohner oder sonstige Bekanntschaft, fordere ihn immer wieder auf, sich dem Zentralverband der Fleischer anzuschließen.

Auch diese Arbeiterzeitung muß der Kultur zugeführt werden, der Zeilen kürzerer Arbeitszeit kann aber nur durch die Organisation erlangen werden.

Hande jeder Leier nach dieser Aufforderung.

Auskunft erteilt der  
Zentralvorstand,  
Berlin ZC. 33, Müskamerstr. 28.

**Adressenänderungen.**

- Ulm a. D. R. Karl Graf, Chinacstr. 30 11.
- Essen-Ruhr. B. August Berger, Adolfsstr. 4 111.
- Wiesbaden. K. Emil Weigel, Mauerstraße.
- Hamburg-Altona. Kassierer: S. Menold, Hamburg 13, Farnstraße 7, Haus B. part. 1.
- Wiesbaden. B. Dross, Hermannstr. 22.
- Strasbourg i. G. K. Christian Holzäpfel, Mieschhäuserstr. 11.

**Sterbetafel.**

Leipzig. Im Alter von 31 Jahren ist unser Mitglied Hermann Müller an der Lungenemphysem verstorben.  
München. An der Blinddarmentzündung verstarb unser Mitglied Koffernmacher Wolf im Alter von 24 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

**Verfammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfammlungsangelegen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

- Berlin. Generalversammlung: Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58, 59.
- Halle a. S. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Vollspart“.
- Essen (Ruhr). Sonnabend, 21. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant Schüring, Rheinischestraße.
- Heilbronn. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Marktplatz 6.
- München. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant „Goldener Anker“, Schillerstraße 30.
- Konstanz. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Sibernen Rind“, Hofhalde.
- Geleitirchen. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 5.
- Ghemmitz. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Weihen“, Adolfsstr. 8.
- Kiel. Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Jährstr. 24.
- Wiesbaden. Montag, den 16. Oktober, abends 9 Uhr, „Zur Wiener Spitz“. Wichtige Besprechung der bei Zwischenmeistern beschäftigten Kollegen.

**Anzeigen**

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsgenossen Deutschlands, G. H. 64 zu Berlin.

**Quartalsversammlungen.**

- Tagesordnung:
1. Bericht und Abrechnung vom 3. Quartal.
  2. Verschiedenes.
- Bremen. Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Jaulenstr. 58/60.
  - Dresden. Donnerstag, den 2. November, abends 7 30 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3.
  - Gaffel. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 9 Uhr, bei Amis, Klosterstr. 7.
  - Magdeburg. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, in der Burghalle.
  - Hamburg. Freitag, den 27. Oktober, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Std., Zimmer 2b.

**Mehrere tüchtige Sattler,**

welche auf Schultornister vollständig verfertigt sind, sofort gesucht.

H. Tilles, Lederwarenfabrik, Leipzig-Lindenau, Markt Nr. 10.

**Sattler**

an jedem Ort gesucht, der Vertrieb konkurrenzloser Neuheit übernimmt, hob. Verdienst. Auskunft kostenlos. Herm. Wolf, Zwickau i. Sa., Nordstr. 30.

**la Terpentin-Schabestärke und Leim**

preiswert beim Kollegen  
Carl Schack, Berlin S., Sebapianstraße 2.

**Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.**

Spezialität von G. Neubauer, Offenbach a. M.  
Lieferung sofort ab Lager.

**Verwaltungsstelle Hamburg-Altona.**

**22. Stiftungsfest**

am Sonnabend, den 21. Oktober 1911, in der „Flora“, Altona, Schulerblatt.  
Rezitation: Herr Lottia.  
Gesangsvorträge, ausgeführt vom Gemischten Chor des Fortbildungsbundes.  
Preiswürfeln. Ball.  
Herrenkarte 50 Pfg. Damen frei.  
Zahlreichen Besuch erbittet  
Das Veranlagungsomitee.

**Verwaltungsstelle Hannover-Linden.**

**22. Stiftungsfest**

am Sonnabend, den 21. Oktober 1911 in Wallbaum's Gesellschaftshaus (Leffingaballe), Leffingstraße.  
Gesangsvorträge, Verlosung  
Theateraufführungen u. Ball.  
Eintritt für Herren 20 Pf., für Damen frei.  
Zahlreichen Besuch erbittet Das Festomitee.

Wer

Bedarf hat



in wirklich gut schneidenden Solinger Stahlwaren bestelle sofort in eigenem Interesse unseren Hauptkatalog über tausende Artikel aller Art, welchen wir gratis und franko versenden.

Gebr. Bell, Gräfrath 435 bei Solingen, Fabrik-Versandhaus.



**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-**

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkurrenzfirmen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Anschaffung. - 500 Lose franco. - Rücksendebriefe nehmen unentgeltlich zurück. - Versand nicht unter 100 Stück. - E. Wettes, Versandhaus Berlin G., Neue Schönbühnenstr. 16. Acht geben, nur 1 Krone. - Begründet 1898.